



L 309: SANIERUNG ZWISCHEN PANSDORF UND BAD SCHWARTAU

Veröffentlicht am 18.06.2021 um 04:00 von Redaktion Stodo.NEWS

Der Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV.SH) teilt mit, dass vom 21. Juni bis voraussichtlich 21. August 2021 die beschädigte Landesstraße 309 (Eutiner Straße) einschließlich des Radwegs zwischen Bad Schwartau und Pansdorf in zwei Bauabschnitten erneuert wird.

Die Bauarbeiten können aus Gründen der Verkehrssicherheit, des Arbeitsschutzes und der Bauqualität nur unter Vollsperrung stattfinden. Anlieger:innen werden per Hauswurfsendung über Einschränkungen informiert, in Einzelfällen ist in Absprache mit der ausführenden Baufirma die Zufahrt zum Grundstück möglich.



Vollsperrung L309 / Foto: Stodo.NEWS

Auch Radwege werden saniert

Los geht es vom 21. Juni bis voraussichtlich 2. August 2021 im ersten Abschnitt zwischen der Ortseinfahrt Pansdorf und der Kreuzung Eutiner Straße/Bäderstraße (bei Ratekau). Die ausgeschilderte Umleitung führt ab Pansdorf Richtung Timmendorfer Strand über die L 180 und über die L 181 nach Ratekau zur L 309 und umgekehrt. Radfahrer:innen werden für die Dauer der Radwegsanieerung über die abgesicherte Fahrbahn umgeleitet. Anschließend wird vom 2. August bis voraussichtlich 21. August der Abschnitt zwischen der Kreuzung L 309/Bäderstraße bei Ratekau und der Kreuzung bei L 309 /L 181 bei Riesebusch erneuert.

Der Fernverkehr zwischen Kiel und Lübeck sollte den Bereich weiträumig über die B 404/A 21 bis Bad Segeberg und weiter über die A 20 nach Lübeck und umgekehrt umfahren. Verkehrsteilnehmer:innen zwischen Eutin und Lübeck wird ein Ausweichen auf die L 184 über Ahrensböök und Stockelsdorf empfohlen.

Die Verkehrsführung wurde mit der Polizei, dem Rettungsdienst, der Verkehrsbehörde, dem Kreis, der Gemeinde und dem Buslinienbetreiber abgestimmt. Der LBV.SH bittet, sich auf die weiteren Arbeiten einzustellen, den ausgeschilderten Umleitungen zu folgen sowie um rücksichtsvolles Verhalten zum Schutz der Menschen auf der Baustelle. Die Gesamtkosten in Höhe von rund zwei Millionen Euro trägt das Land.